

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 182.

Neuenbürg, Dienstag, den 7. August 1923.

81. Jahrgang.

Kurzigenpreis:
Die einjährige Zeitzeile ab deren Raum (Preis 8500,-) außerhalb des Landes 4000,- einjährig. In der ersten Nummer Kollektivanzeigen 100 Bros. Zuschlag. Schrift u. Auslieferung 1000 Bl. Reklamage-Zeile 10000,-.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Abbruches anteilig zurückgewährt wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Zeitveränderungen treten sofort alle früher vereinbarten außer Kraft.
Verantwortl. Hr. 4.
Für telefonische Aufträge wird telefoniert. Sonstige Anzeigen werden über den Postweg.

Bezugspreis:
Abwärts in Neuenbürg 8000,-. Nach der Post für die Post- und Oberamtsbezirke, sowie im sonstigen Gebiete 8000,-. Einmalige Postgebühren.
Stelle freibleibend, Nachzahlung vorbehalten. In Fällen von 40-er oder 50-er Jahren kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler in Neuenbürg entgegen. Die Rückzüge werden nicht angenommen.
Korrespondenz Nr. 24 bei der C. Mecklen'schen Buchdruckerei Neuenbürg.

Holzansuhr aus Baden nach der Schweiz.

Das Badische Ministerium des Innern hat durch die Stadt Freiburg ein größeres Kontingent von Papierholz und Rundholz zur Ausfuhr gegen Bezahlung von 5 Franken für den Raummeter Ausfuhrabgabe freigegeben. Dieses Kontingent soll nach der Mitteilung des Verbandes Badischer Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrieller 6000 Raummeter betragen und bereits fest verkauft sein. Der Verkauf des Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrieller hat daraufhin Gelegenheit genommen, über diese kaum jemals festgesetzte folgende Erfindungen zu treffen und sie an die zuständigen Reichsstellen weiterzugeben:
Im Auftrag des badischen Ministerpräsidenten ist für den Holzhandel des badischen Staates nach der Schweiz ein gewisser Herr Ruy tätig. Dieser Herr Ruy hat der Papierfabrik Jovinigen in der Schweiz den Vertrag an Papierholz des staatlichen Forstamtes in St. Blasien und des badischen Schwarzwaldförstamtes. Er selbst besitzt dem Forstamt St. Blasien 480 000 Mark für den Raummeter Papierholz. Ferner wird augenblicklich durch Jovinigen Langholz des Forstamtes St. Blasien 1000 Raummeter nach Albrun geführt, um von dort nach der Schweiz verschifft zu werden. Der Holztransport wird zwischen Herrn Ruy und dem badischen Staat gestellt. Der badische Staat vereinnahmt 5 Schweizer Franken Ausfuhrabgabe für den Raummeter Papierholz.
Wegen Bezahlung von 5 Franken pro Raummeter hat dem Staatspräsidenten Neuenbürg die Stadt Freiburg 6000 Raummeter Papierholz Kontingent erworben. Als Abkömmling demnach ein Ingenieur in Freiburg, hat diese 6000 Raummeter Papierholz ebenfalls unter Vermittlung des obengenannten Herrn Ruy an die Papierfabrik Jovinigen verkauft. Ein Herr Bihal verkauft das Langholz der Stadt Freiburg nach der Schweiz. Der Staat und die Gemeinden wollen in den nächsten Tagen 30 000 Raummeter Papierholz, das ist wohl der gesamte jährliche Anfall an Papierholz in Baden, nach der Schweiz führen.

Verkehrswirtschaft Dr. Bender in Freiburg veröffentlicht den Vertreter des Verbandes Badischer Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrieller, daß er für die Holzansuhrabgabe sowohl wie für die Papierholzausfuhr die Genehmigung von Berlin schriftlich habe und zwar habe er für das Papierholz die Genehmigung bedingungslos. Die Holzansuhrabgabe in Berlin (Königsgrößenrate 100a) hat anlässlich dem Verkauf Badischer Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrieller veröffentlicht, daß der Staatspräsident keine Ausfuhrabgabe genehmigt habe. Die oben erwähnte Papierfabrik Albrun muß täglich liefern, wie das Papierholz nach Jovinigen in der Schweiz geführt wird, während in Albrun das Holz für die eigene Produktion in der Schweiz führen muß, da sie es in Baden nicht zu erhalten vermag. Der Vertreter des Verbandes Badischer Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrieller hat der Stadt Freiburg i. Br. den gleichen Preis, den die Papierfabrik Jovinigen zahlt, nur in Mark wegen des Devisenmangels. Die Stadt sollte dafür bezahlen. Der Oberbürgermeister von Freiburg erklärt, er wolle 30 000 Franken an der Holzansuhr- und Papierholzausfuhr beizulegen machen. Auf den Vorschlag hat die Stadt Freiburg nicht eingewilligt, da sie angeblich das Holz schon nach der Schweiz mit Ausfuhrabgabe genehmigt hat und nicht mehr zurück könne.

Soweit die Verhandlungen. Es bedarf dringender Aufklärung, wie es möglich ist, daß die badische Regierung es zulassen kann, daß der badische Papier-Industrie das benötigte Rohmaterial entzogen und verteuert wird. Auch die deutsche Presse hat das größte Interesse daran, daß mit dieser Holzansuhr nach der Schweiz endlich Schluss gemacht wird.

Die badischen Gemeinden versuchen, die Papierholzausfuhr zum Teil zu verhindern, daß sie während des Krieges Holzansuhr abzugeben haben, die augenblicklich außerordentlich hoch ist. Wir sind der Ansicht, daß diese Holzansuhr nicht mit anderem Wege gedeckt werden müssen, als dadurch, daß Papierholz ausgeführt wird und damit die an sich schon knappen Holzansuhr noch ungenügend verringert und verteuert wird. Es ist von welcher Seite man die Angelegenheit auch betrachtet, eine ungeheure Unbill, daß die badische Papier-Industrie Holz aus der Schweiz liefern muß, während für das eigene Holz vor den Augen ins Ausland wegverkauft wird. Die Rot der Presse sollte von Staats wegen nicht auf eine derartige Weise vertuscht werden.

Der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger ist in den unabhängigen Stellen vortrefflich geworden, daß diesem Verein Einhalt geboten wird.

Belgische Mandate wie im Ruhrgebiet auszuführen zu wollen.

Die belgische Regierung hat die Befehlsgewalt der Kohlengruben über die Befehlsgewalt von Industriewerken folgende Verordnung erlassen: Wenn die zur Sicherung des deutschen Lieferungs auf Grund des Abschnittes 8 des Friedensvertrags und der späterhin getroffenen Kommandierungen erforderlichen Brennstoffe durch regelmäßige Auslieferung nicht zu erlangen sind, kann die interalliierte Ingenieurkommission, falls die Produzenten die Lieferung verweigern, oder sich außerstande erklären, sie zu leisten, von den ihnen angeschlossenen Werken Befehl erteilen, desgleichen von den Kohlenoffen und Vorräten. Die Gruben und Werke können entweder unmittelbar von der Ingenieurkommission oder durch die Vermittlung von Konzeptionsbüros betrieben werden. Die Betriebsabfuhr- und Transportkosten für die Lieferungen gehen zu Lasten der deutschen Regierung.

Berlin, 4. Aug. Nach Ansicht der zuständigen Kreise wollen die Franzosen mit der Befehlsgewalt der Kohlengruben einen Schritt weiter gehen als dem Wege der Übernahme der Rechte. Es kann aber nicht angenommen werden, daß die Eisenbahnen auch gleich darauf ausgehen, die Gruben selber in Betrieb zu nehmen. Die technischen Schwierigkeiten hierfür wären zu groß. Ob die Franzosen in nennenswerterem Umfang Kohlen aus den Gruben herausholen werden können, wird in sachverständigen Kreisen bezweifelt. Der tiefere Grund des Erfolges dürfte der Kohlemangel der französischen Industrie sein. Man hat es zunächst angedacht auf die stillgelegten Kohlewerke abzugeben und will die deutsche Regierung zwingen, diese Kohlewerke wieder in Betrieb zu nehmen. Um dies zu erreichen, wollen die Franzosen mit denselben Brennstoffen vorgehen, wie bei der Befehlsgewalt der Eisenbahnen. Sie drohen jetzt schon für den Fall der Weigerung Deutschlands mit der Ausweisung von Arbeiterfamilien.

Aufhebung der Verordnung über den Devisenhandel.

Berlin, 4. Aug. In Zusammenhang mit dem in den letzten Wochen unternommenen Versuch, einen weiteren Absatz der Mark entgegenzuwirken, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs der freien Devisenhandel einzuführen und vorzuschreiben, daß Devisen nur nach einem von der Reichsregierung festzusetzenden Einheitskurs gehandelt werden dürfen. Nach der Entwidlung des Devisenmarktes in jüngster Zeit und nachdem sich insbesondere im Zusammenhang mit den Reparationsleistungen im Waren- und Zahlungsvorteil, sowie Schwierigkeiten für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen ergeben haben, sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, die Verordnung aufzuheben. Wenn letztere Devisen zurückgehalten wurden, weil diese Zurückhaltung höhere Kurse an den Auslandsbörsen verbrachte, oder weil für ihre Wiederbeschaffung bei späterem Bedarf große Schwierigkeiten befürchtet wurden, so fällt für die Zurückhaltung der Devisen aus solchen Gründen nun jeder Anlaß fort. Lediglich bietet die Aufhebung einer Goldleihe dem Reich die Möglichkeit, sich in dieser Anleihe ebenso zu sichern, wie in Devisen.

Belgische Ausbeutungsbüro.

Berlin, 6. Aug. Das belgische Kabinett wird demnach das Gerücht veröffentlichen, und in diesem werden auch die schon offiziell besprochenen technischen Studien enthalten sein, die seinerzeit in den alliierten Hauptstädten als Grundlage einer Bewertung der Reparationsfrage übergeben worden sind. Es handelt sich um drei Studien, und über ihren Inhalt erfährt man jetzt bereits folgendes: Im Hinblick auf die Eisenbahnen stellen die belgischen Sachverständigen fest, daß die deutschen Eisenbahnen niemals mit der Wartungsverordnung gleichen Schritt gehalten haben und daß die Ausgaben in unrationeller Weise übertrieben worden sind. Das führt zu dem Schluss, daß die deutsche Regierung die Ausbeutung der deutschen Eisenbahnen gegen einen jährlichen Gegenwert von einer Milliarde Goldmark verpachten könne. Die Verbrauchsmonopole, Tabak, Bier, Zucker usw., könnten für insgesamt 1000 Millionen Goldmark verpachtet werden. Für die Kohlenlieferungen wird eine Gesamtsumme von 275 Milliarden Goldmark angesetzt. Die zweite Studie schlägt vor, zugunsten der Wiederherstellungslasse Anteilscheine an die deutschen industriellen Unternehmen auszugeben, die 25 Prozent des Reingewinns einzuzahlen berechneten unter Voraussetzung einer Stabilisierung der Mark. Die dritte Studie untersucht, welches die Gesamteinnahmen und -Ausgaben des Deutschen Reichs in den Monaten April, Mai und Juni 1922 waren, während deren sich der Wert der Mark nicht stark geändert hat. Es wird ausgerechnet, daß in dieser Epoche ein Ueberschuß der deutschen Einnahmen von etwa einer Milliarde Mark vorhanden gewesen sei. Hieraus wird der Schluss gezogen, daß bei einer normalen Finanzlage die oben genannten Einnahmen ohne schwere Unzutraglichkeiten dem deutschen Staatshaushalt entzogen werden können.

Ausland.

Der Zusammenbruch der französischen Kohlenversorgung.
Paris, 5. Aug. Die „Journale Industrielle“ verzeichnet folgende Tageshöhen der Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet: 1. Ueber Oberrhein am 21. Juli 950 Tonnen, am 22. Juli 1900 Tonnen, am 23. Juli 2600 Tonnen, am 24. Juli 1940 Tonnen, am 25. Juli 2350 Tonnen, am 26. Juli 1800 Tonnen, am 27. Juli 1690 Tonnen, am 28. Juli 2570 Tonnen, am 29. Juli 2630 Tonnen, am 30. Juli 2960 Tonnen; 2. über Aachen am 21. Juli 670 Tonnen, am 26. und 27. Juli nichts, am 28. Juli 300 Tonnen. Die Gesamthöhe beträgt hiernach in den angeführten zehn Tagen 22 370 Tonnen oder 2237 Tonnen im Tagesdurchschnitt. Der Tagesdurchschnitt der vorausgegangenen Periode betrug 1370 Tonnen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuer wurde u. a. ernannt zum Steuerinspektor Obersteuersekretär Wagner bei dem Finanzamt Neuenbürg.

Neuenbürg, 6. Aug. In der gestrigen Versammlung des Landwirtschaftl. Bezirksvereins im „Löwen“ in Calmbach gab der Vereinsvorsitzende, Oberamtspfleger Rübler, nach einleitenden Begrüßungsworten seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck, auch darüber, daß draußen eine Ernte heranreife, die alle Erwartungen übertrifft; es bleibe nur zu wünschen, daß alles gut unter Dach und Fach gebracht werde. In wünschenswerter Weise auch, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein friedlicheres und hoffnungsvolleres Bild zeigten. Leider sehe es da düster und bedrückend aus. Deutschland leide unter dem Druck, den die Franzosen an Rhein und Ruhr seit Anfang dieses Jahres ausüben und dort die deutsche Bevölkerung in einer Weise drangsalieren, die geradezu zum Himmel schreie, um zu erreichen, was sie im Friedensvertrag nicht erreichen konnten. Die Franzosen arbeiten darauf los, daß das ganze Rhein- und Ruhrgebiet unter französische Oberhoheit komme und namentlich das Ruhrgebiet unter die Vormachtigkeit Frankreichs gestellt werde. Darüber besteht kein Zweifel, wenn sie auch sagen, es sei wegen der Reparationen. Als extremstes Moment sei hervorzuheben der belästigende passiv Widerstand, welchen die dortige Bevölkerung den unläuteren Bestrebungen der Franzosen entgegensetze. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß dieser passive Widerstand für ganz Deutschland gefahrlos sei und darum nicht gleichgültig zusehen; wir haben vielmehr die Verpflichtung, daß wir jene, die dort in vorberberischer Kampflust stehen, in moralischer wie sachlicher Beziehung unterstützen und ihnen den Widerstand erleichtern helfen. Auch der Landwirtschaft erwachsen hieraus Pflichten. Wenn so, wie heute in der Industrie und in allen Berufsständen gesammelt werde, um den deutschen Brüdern dort ihr hohes Los zu erleichtern, so müsse auch die Landwirtschaft ihr Teil daran beitragen. Die Lage des deutschen Volkes sei heute überaus dramatisch. Wir können nicht mehr aus dem Vollen schöpfen und Nahrungsmittel wie einst aus dem Ausland einführen. Durch den verlorenen Krieg seien und die Hügel beschnitten, für lange Jahre seien wir darauf angewiesen, von unserer eigenen Produktion zu leben. Die gegenseitige Bekämpfung der einzelnen Erwerbsstände habe keinen Sinn, das deutsche Volk müsse Hand in Hand miteinander gehen und vor allem einig sein in all seinen Schichten und Schicksalen. Auch in der Landwirtschaft lasse die Einigkeit zu wünschen übrig. Die Ursache alles Übels seien die Folgen des verlorenen Krieges und die Verschlechterung unserer Währung. Wenn man sehe, wie heute das deutsche Volk beunruhigt um einen Lebensunterhalt wie früher um das goldene Stroh, so dürfe man sich nicht wundern, wenn einer dem anderen den guten Willen mißgönne. Die Zeit sei aber nicht mehr ferne, wo eine Demaskierung eintrete und mancher einsehen werde, daß nicht alles Gold sei was glänze und daß vieles auf Täuschung beruhe. Wenn wir in Hälde zu einer anderen Währung kommen, werde jeder einsehen, daß er trotz des vielen Papiergeldes ärmer geworden sei. Er wolle niemanden das Herz schwer machen, aber man müsse in diesen Zeitläuften mit offenem Blick die nötigen Konsequenzen ziehen. Mit der wiederholten Aufforderung, einig zu sein in landwirtschaftl. Kreisen und alles zu tun, was geeignet sei, die Einigkeit zu fördern gegenüber anderen Berufsständen, trat Redner in die Tagesordnung ein und erstattete zunächst den Tätigkeitsbericht vom abgelaufenen Geschäftsjahr, aus welchem wir erwähnen, daß der wegen der Beitragsüberhöhung erfolgte Rückgang der Mitgliederzahl nur vorübergehend war, die Mitgliederzahl hat den früheren Stand bereits überholt. Anschließend daran referierte er über das neue Wirtschaftsabkommen mit dem Badischen Bauernverein Freiburg in Absicht auf Warenvermittlung. Wir verweisen hierwegen auf die Nummer des „Enztäler“ vom 5. Juni, in welcher wir ausführlich darüber berichteten. Mitglied Scholl fragte an, ob den Ortsvorständen der landw. Vereine gestattet sei, Wehl, das auf Grund dieses Abkommens vom Badischen Bauernverein geliefert wurde, in ausfallend großen Mengen an Mitgliedern weiterzugeben, wie dies in jüngster Zeit nachweisbar vorkam. Er siehe auf dem Standpunkt, daß beispielsweise Wehl, nur an Mitglieder für deren Selbstverbrauch abgegeben werden dürfe. Der Vorsitzende bemerkte dazu, das Abkommen sei zu dem Zwecke geschlossen, daß die Ortsvereine nur Waren für ihre Mitglieder beziehen sollen, dem Verein fernstehende sollen diese Vorteile nicht genießen. Wenn z. B. ein Mitglied Wehl beziehe und verarbeite es als Väder, so sei dagegen nichts einzuwenden, wenn aber damit Handel betrieben werde und die Ware in alle Dörfer und Gegenden hinauskomme, wie in den von Anfrager geschilderten Fällen, so sei das nicht statthaft. Er betone ausdrücklich, daß mit Wissen des Landes, Bezirksvereins derartige Dinge nicht geschah und man sein Augenmerk darauf richten werde, daß künftig derartige Dinge unterbleiben. Schon das Ansehen des Landes, Bezirksvereins verbiete derartige Warenhandlungen.

In einem einleitendem Vortrag sprach „odam“ Landessekretär Schell vom Bad. Bauernverband über Bildung von örtlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften zwecks Erleichterung der Warenvermittlung. Den gemeinverständlichen und hochinteressanten Ausführungen wurde mit besonderer Aufmerksamkeit gelauscht, die geschilderten Vorteile leuchteten jedermann ein. Wir werden auf den Vortrag noch zurückkommen. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine lichtvollen und sachlichen Ausführungen, die er besonders unterrichtlich und dabei den Wunsch ausdrückte, daß diese Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sein mögen; im übrigen empfahl er der Gründung von Bezugs- und Absatzgenossenschaften in den einzelnen Gemeinden vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, da sie recht

August 1923, Uhr,
werden, wo auch die Scheid erteilt. Behr
23.
Gemeinderat:
Vorstand: Rutzle.
Calw.
den 8. August 1923



Landkreiskasse.
Schultheißenamt.

ung!

ern
ernennen, ent.
am liebsten im
ie „Enztäler“

Frankische Fassmänner.
Münden, 6. Aug. Die Franzosen scheinen in der Pfalz das



Der verk. Zwisch...
 vorkommend ...
 bei um an einen ...
 von den ...
 der letzten ...
 Stadt Frankfurt ...
 ist vollständig ...
 hinter dem ...
 Schuppen ...
 den jüngsten ...
 der Schlichter ...
 zur Nichtzulassung ...
 abri von der ...
 Familie ...
 guter Eltern ...
 ihr Verbleib ...
 der Mutter ...
 den ...
 ungenügend ...
 die ...
 glückliche ...
 der ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...
 den ...

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 6. Aug. (Landesproduktebörse.) Die Lage am Getreidemarkt ist unverändert fest; die Preise richten sich nach der Bewertung unseres Getreides. Das Einbringen der neuen Ernte macht bei günstigem Wetter erfreuliche Fortschritte. Die Preise sind nominell. Es notierten je 100 kg gesunde trockene Ware ab würt. Stationen in Millionen von Mark: Weizen 5—6 (am 30. Juli 3.8—4.5), Sommergerste 4—5 (3—3.5), Hafer 3.4—4 (2.5—3.2), Acker Rogg 6.5—7 (4.4—5.6), Weizenmehl Nr. 0 9—10 (6—7), Brotmehl 8—9 (5.5—6.5), Kleie 1.8—2 (1.3—1.5), Weizen 0.4—0.440 (0.28—0.32), Kleehen 0.42—0.46 (0.30—0.34), drahtgepresstes Stroh 0.36—0.38 (0.24 bis 0.26).

Schweinepreise. Dem Schweinemarkt in Rottweil am Sonntag waren 202 Stück Milchschweine und 2 Käufer zugetrieben. Bezahlt wurde für 1 Paar Milchschweine 3 bis 4¹/₂ Millionen. Der Handel war nicht besonders lebhaft, ein kleiner Rest blieb unverkauft. — Dem Schweinemarkt in Ralingen waren zuführt 205 Milchschweine. Der Handel war schleppend; ein kleiner Rest blieb unverkauft. Der Preis für 1 Milchschwein stieg weiter auf 1.5—3.3 Millionen.

Neueste Nachrichten.

München, 6. Aug. Zwischen dem ungarischen Kommandanten Dr. Wittello, der z. Zt. hier lebt, und dem Kommandant a. D. Herbst von der früheren Ehrhardt-Brigade hat bei einer zufälligen Begegnung im Walde bei Sternberg ein Schießerei stattgefunden, die auf einen früheren persönlichen Zusammenstoß der beiden in Ungarn zurückzuführen ist. Wittello erhielt einen Streifschuss und Herbst, der zu Fuß getrieben hatte, einen Schuss in die linke Schulter.

Frankfurt am Main, 6. Aug. Der Beigeordnete Schiller ist von den Franzosen verhaftet worden, weil er ihnen sechs Kassentorffeln die Desfirmung des Tresors verweigerte. Die Franzosen gedachten Erwerbslosengelder zu beschlagnahmen. Der Verhaftete ist nach Wiesbaden transportiert worden.

Wiesbaden, 6. Aug. Am 12. Mai wurde an einem Bahndammbergang der militärischen Strecke Mainz—Köln ein Automobil von einem Zug erfasst, wobei der Chauffeur getötet wurde. Der hierfür verantwortliche Erwerbslose Schick, der mit der Aufsicht des fraglichen Bahnübergangs betraut war, hatte im Augenblick des Unglücks seinen Posten zur Vermeidung einer Notdurft verlassen. Das französische Kriegsgericht verurteilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus.

Griesheim, 6. Aug. Durch die Besatzungsorgane wurde dem Eisenbahner der Ausweisungsbefehl erteilt. Es handelt sich um einen Eisenbahner, der in Griesheim wohnt und in Frankfurt a. M. beschäftigt ist. — Aus dem Eisenbahndienstbezirk Mainz wurden weitere 125 Eisenbahner, auf Grund eines Beschlusses bei Worms 85 Eisenbahner ausgewiesen.

Rhein, 7. Aug. Gestern mittag ist auf dem Lagerplatz der Postverwaltung Preusschaf u. Co. in Rhein-Deutz (Industriebezirk) eine Entzündung von Automobilen entstanden, das dort lagerten, wodurch ein gewaltiges Feuer verursacht wurde, das

insolge sehr großer Holzpreise trotz des Eingreifens zahlreicher Feuerwehren einen Schaden von vielen Millionen anrichtete.

Neudammhausen, 7. Aug. Auf der Schachtanlage „König Ludwig“ kam es am Sonntag zu bedauerlichen Ausschreitungen. Als die Morgenschicht eingefahren war, blieb zunächst alles ruhig. Gegen 9 Uhr ließ ein linksradikales Betriebsratsmitglied die Schicht ausfahren und berannte eine Versammlung auf dem Zechenplatz an. Unter Drohungen wurde die einmalige Zahlung von 4—5 Millionen Mark verlangt. Der Generaldirektor Henningberg suchte beruhigend auf die Menge einzuwirken. Er sowohl wie ein anderes Mitglied der Verwaltung und auch ein Arbeiter, der die beiden vorstehenden Verhandlungen zu schlichten versuchte, wurden tätlich angegriffen und verletzt. Um den Tumult ein Ende zu machen, zahlte die Zechenverwaltung 500000 Mark pro Kopf aus. Am Montag fuhr die Belegschaft wieder ein.

Bochum, 6. Aug. Infolge Befehung der Zechen „Hannover 31“, von der Bochum mit Gas geliefert wird, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Gas unterbrochen. Die Belegschaft der Zechen hat beschlossen, solange der Arbeit fern zu bleiben, bis die Besatzungsstruppen sich soweit entfernt haben, daß eine Berührung mit den Belegschaften nicht mehr möglich ist. Die Franzosen brachten gestern 100 Arbeiter mit Familien heran. Die Arbeiter sollen versuchen, den Kofereibetrieb mit der Kohle, die von der Zechen „Dolland“ angefahren wird, aufrecht zu erhalten. Wenn die Belieferung mit Gas wieder aufgenommen werden kann, steht noch nicht fest. Krankenhäuser, Bädereien und die anderen lebenswichtigen Betriebe geraten in die allergrößte Bedrängnis.

Dresden, 6. Aug. Die mitgeteilt wurde, soll das französische Kriegsgericht in Nancy den sächsischen Bürgermeister und vormaligen Hauptmann Kunz aus Jitau in Abwesenheit zum Tode verurteilt haben. Wie jetzt bekannt wird, steigt eine Namensverwechslung vor. Es handelt sich um den derzeitigen zweiten Dresdener Bürgermeister Dr. Kätz, den bekannten demokratischen Abgeordneten und früheren Oberbürgermeister in Jitau, der im Kriege als Hauptmann der 19. Inf.-Ersatzdivision angeführt hat. Dr. Kätz selbst äußert sich zu dem Urteil, daß der französische Pfarrer, auf dessen Aussage hin das Urteil des Kriegsgerichts erging, einer Personverwechslung zum Opfer gefallen sein müsse, da er sich keiner der beschuldigten Straftaten bewußt sei.

Dresden, 7. Aug. Gestern begannen neue Kundgebungen auf dem Alten Markt. Die Menge versuchte, zum Hauptbahnhof zu ziehen, wurde jedoch daran von der Polizei gehindert. Eine Anzahl von Personen wurden festgenommen.

Dresden, 6. Aug. Der Polizei gelang es am Sonntag morgen in einer Versammlung der Erwerbslosen den gesamten sogenannten Aktionsausschuß festzunehmen. Es wurden insgesamt 200 Personen verhaftet. Man hofft damit die Haupttreibkräfte der Erwerbslosenbewegung in Dresden unschädlich gemacht zu haben.

Berlin, 6. Aug. Nach den bisherigen Dispositionen kann damit gerechnet werden, daß in der Reichstagsitzung am Mittwoch außer Reichsfinanzminister Dr. Hermes auch der Reichskanzler sprechen wird. Nur wenn unvorhergesehene Ereignisse es als nötig erweisen sollten, sofort zu den Ausführungen des Finanzministers Stellung zu nehmen, müßte die Kanzlereide auf Donnerstag verlegt werden. Der Aeltestenrat des Reichstags wird am kommenden Mittwoch vor der Reichstagsöffnung um 12 Uhr zusammenzutreten, um die sämtlichen Dispositionen für die Sommertagung zu treffen. Die Fraktionen halten vor Beginn der Sitzung Besprechungen ab.

Berlin, 6. Aug. Angesichts der Aufhebung der Einheitskursverordnung weist die Reichsbank ausdrücklich darauf hin, daß ihre Verfügung, wonach bei Vermittlung von Devisenankaufsaufträgen entsprechende Varguthaben vorhanden sein müssen, nach wie vor aufrecht erhalten bleibt. Ebenso sind auch in Zukunft Mitteilungen über Höhe, Zweck und Verabredung des Devisenauftrags von dem Auftraggeber an die zuständige Reichsbankanstalt zu richten und der Devisenbeschaffungstelle G. m. b. H., Prüfungsabteilung, Berlin, von den Auftragsempfängern Angaben über die ursprünglichen Auftraggeber zu machen.

Berlin, 6. Aug. Die Feier des Tages der Weimarer Verfassung am 11. August wird sich diesmal in besonders großem Rahmen abspielen. Der Tag wird um 9 Uhr durch ein allgemeines Glockenläuten eingeleitet. Dann folgt ein Aufziehen der Bänder vor dem Reichspräsidenten und um 12 Uhr eine Feier im Reichstag, sowie eine allgemeine Feier auf dem Königsplatz. Die Festrede im Reichstag hält Professor Dr. Anshütz und für Ruhr und Rhein Oberbürgermeister Dr. Jarres. Ein Aufmarsch sämtlicher Vereine und Mannungen vor dem Reichspräsidenten und Kabinett folgt. Nachmittags finden Wettkämpfe im Stadion und die Verfassungsfeste der verschiedenen Parteien statt. Abends ist Festvorstellung im Staatlichen Opernhaus, Massenlandgebung des deutschen republikanischen Reichsbundes im Lustgarten mit anschließendem Feuerwerk und Fetezug vor das Opernhaus. Während des ganzen Tages wird eine Sammlung für das Volkspfer für Rhein und Ruhr veranstaltet. In einer solchen erlassenen Verfügung des preußischen Innenministers wird bestimmt, daß mit den Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzügen keinerlei Demonstration für andere Wünsche oder Ziele als allgemein für die Feier des Verfassungstages verknüpft werden dürfen.

Berlin, 7. Aug. Da die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Belegung der Gehaltsdifferenzen zwischen den Berliner Metallindustriellen und den Angestellten zu keiner Verständigung führten, werden die Angestellten in der Berliner Metallindustrie heute früh in den Streik treten. Den Angestellten wurde von den Metallarbeitern größte Solidarität zugesichert. Ferner haben auch die leitenden Angestellten gestern den Streik proklamiert.

Berlin, 7. Aug. In einer Versammlung des Berliner Einzelhandels wurde gestern abend der Beschluß des Haupt-

ausschusses des deutschen Einzelhandels angenommen, wonach sämtliche Geschäfte mit Ausnahme derjenigen der Lebensmittelbranche am Donnerstag geschlossen bleiben sollen. Ferner sollen vom Freitag ab sämtliche Schaufenster ausgeräumt werden. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Leipzig meldet, wurde auf der am Montag in Leipzig begonnenen Haupttagung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler einstimmig eine Entschlieung angenommen, die sich scharf gegen die staatliche Preispolitik wendet und die schleunigste Einstellung des Lebensmittelhandels auf die Basis der Goldmarkrechnung verlangt.

Berlin, 7. August. Ueber die voraussichtliche Dauer der Sommertagung des Reichstages weiß der „Lokal-Anzeiger“ zu melden, daß dieselbe auf etwa 8 Tage berechnet sei. — Die der Stempelveeinigung angehörenden Bankfirmen sind übereingekommen, Devisen im Freiverkehr nicht zu handeln, sondern sich nur bei der amtlichen Festsetzung der Devisenkurse zu beteiligen. Freiverkehrskurse für Devisen können also nicht mehr gemeldet werden. — Der Dollarkurs betrug am Montag in Reich (Mittelkurs) 1710 763 Mark, in Berlin 1 654 125 Brief.

Hamburg, 7. Aug. Die Getreidefirma Thies u. Stege in Stade ist mit einer Zwangsversteigerung in Hamburg in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiva werden auf etwa 250 bis 300 Milliarden beziffert, denen nur unbedeutende Aktiva gegenüberstehen sollen. Die Insolvenz soll aus Blankoverkäufe von Getreide und Futtermitteln zurückzuführen sein. Laut „Berliner Tagblatt“ ist fast der gesamte Hamburger Getreidehandel beteiligt.

Stettin, 7. Aug. Gestern kam es zu Feuerdemonstrationen. Die Belegschaft der Vulkanwerft formierte sich, nachdem ihr die sofortige Auszahlung von 3 Millionen Mk. pro Kopf von der Direktion verweigert worden war, zu einem Zug, um in die Stadt zum Regierungsgebäude zu ziehen. Der Polizei, die auf dem Kraftwagen herbeigeritten war, gelang es, die Menge kurz vor der Stadt zu zerstreuen. Auch zwei anderezüge, von der Arbeiterschaft der Rüdler-Oberwerft und der Döberwerft gebildet, wurden von der Polizei aufgelöst. Zu ersteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Lausanne, 6. Aug. Die Unterzeichnung des türkisch-amerikanischen Vertrags hat heute nachmittag 4 Uhr im großen Saal des Hotels Beau Rivage in Lausanne stattgefunden. Es handelt sich um einen doppelten Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei und zwar um einen allgemeinen Vertrag, der die Grundlagen für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufstellt, und um einen Auslieferungsvertrag. Der Unterzeichnung wohnten etwa 20 Personen, sowie einige Pressevertreter bei. Nach kurzen Worten des amerikanischen Botschafters und einer Erwiderung von Seiten Ismed Paschas wurde um 4.20 Uhr die Sitzung geschlossen.

Paris, 6. Aug. Lord Robert Cecil, der augenblicklich den Sitzungen der Abfertigungscommission in Paris beizuohnt, hat nach dem „Petit Parisien“ am Samstag den Präsidenten der Republik Millerand, im Jagdschloß Rambouillet einen Besuch abgestattet. Die Unterredung habe länger gedauert und aller Wahrscheinlichkeit nach sich auf die Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen bezogen.

Paris, 6. Aug. Der „New-York Herald“ will in der Lage sein, eine demnächstige Konferenz zwischen Poincaré und Lord Curzon in Aussicht zu stellen. Dierbei werde man sich bemühen, eine Formel zu finden, auf Grund deren der Gesamtbetrag der deutschen Reparationsschuld abgeschwächt werden könnte, nach Maßgabe gewisser Konzessionen, die England gegenüber Frankreich in der Frage der interalliierten Schulden zu machen bereit sei.

Paris, 6. Aug. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat an den Präsidenten Millerand ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm persönlich und der französischen Nation herzlichstes Wohlwollen wünscht. (Und was der deutschen Nation? Schriftl.)

Paris, 6. Aug. Der ehemalige Minister Loucheur soll sich nach dem „New-York Herald“ gestern mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen haben, daß der neue Präsident der Vereinigten Staaten für einen allgemeinen Verzicht auf die Kriegsschulden sei. Er, Loucheur, sei über die Dispositionen des neuen Präsidenten hinsichtlich der europäischen Fragen, insbesondere der Reparationsfrage, besonders gut unterrichtet. Es wäre nicht besonders überraschend, wenn Coolidge bei den demnächst beginnenden Verhandlungen unter den Alliierten endgültig Stellung nehmen würde. Die amerikanische Intervention werde von dem aufrichtigen Wunsche nach Gerechtigkeit geleitet sein und französisches Land könne man darauf zählen, daß man in den Vereinigten Staaten mehr Feinde als Freunde habe.

Christiania, 7. Aug. Gestern nachmittag stürzte auf dem Kjeller Flugplatz ein Flugzeug englischer Herkunft aus geringer Höhe ab und geriet in Brand. Der Führer, ein Fliegeroberleutnant, und der Passagier, ein Fliegerfeldwebel, wurden getötet. Die Ursache des Absturzes ist noch nicht festgestellt.

Reine Kapitulation der deutschen Industrie.

Ein französischer Zeitungsberichterlatter meldet aus dem Ruhrgebiet nach Paris, daß Vertreter der französischen Regierung, die ins Ruhrgebiet reisten, ermächtigt worden seien, Vorschläge der deutschen Industrie entgegenzunehmen. Diese Nachricht sieht so aus, als handle es sich um eine regelrechte Verhandlung zwischen Vertretern der deutschen Industrie und der französischen Regierung. In zuständiger Stelle erfragen wir, daß diese Pariser Nachricht eine große Irrführung ist. Die Franzosen hatten nach Koblenz, Essen und Mainz deutsche

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Gustav“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Abnehmern entgegengenommen.

Industrievertreter zu einer bestimmten Stunde eingeladen. Von den Geladenen waren auch einige erschienen. Als ihnen aber von den Franzosen eröffnet wurde, sie möchten sich mit ihnen über die Aufhebung des passiven Widerstands unterhalten, haben die deutschen Industrievertreter dies strikte abgelehnt und die Sitzung sofort verlassen.

Ablehnung der Grabenregie durch die Bergarbeiter.

Die neue Verordnung Degouties über die Beschlagnahme der Bergwerke hat im passiven Widerstand eine völlig neue Situation geschaffen. In Bergarbeiterkreisen herrscht die Ansicht vor, daß die neue Regie insofern vorgehen und sich auf Forderungen beschränken wird, die neue Regie wird aber auch in kurzem der Notwendigkeit gegenüberstehen, zu fördern, wenn der Rest der Bechendorfs verdrängt ist. Die Bergarbeiterschaft erwartet die neue Entwicklung mit Interesse und ist weit davon entfernt, unter französischer Regie zu fördern, entschlossen, den Plan der Regieproduktion zu durchkreuzen. Die Bergarbeiter rechnen mit der Ausweisung unter Umständen ganzer Kolonien. In französischen Industriekreisen wariet man, nach einer Pariser Meldung der „Vossischen Zeitung“, mit Spannung darauf, wie die von General Degoutie angeordnete „direkte Ausbeutung“ von Gruben und Kolereien des Ruhrgebietes durch die Franzosen ausfällt. Die genannten Kreise legen diesem Versuch große Bedeutung bei, weil es sich nach ihrer Ansicht nunmehr herausstellen wird, ob die Beschaffung ausreichender Mengen von Kohle und Koks für die französische Industrie trotz des passiven Widerstandes auf die Dauer gesichert werden kann. Die Ansichten dieses Versuches werden in interessierten Kreisen ziemlich pessimistisch beurteilt.

Sozialdemokratische Ablehnung des französischen Imperialismus.

Aachen, 7. Aug. Die Sozialdemokratische Partei hatte ihre Vertrauensleute aus den Wahlkreisen von Aachen, Koblenz und Trier sowie aus dem Saargebiet am Sonntag hier versammelt. Der Reichstagsabgeordnete Sollmann sprach über die politische Lage. Er vertrat die von der Fraktionmehrheit beschlossenen politischen Richtlinien und verwarf unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Sondertagung der sozialdemokratischen Abgeordneten in Weimar. Zustimmung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Kapitalisation der arbeitenden Massen vor dem Gewaltregiment des französischen Imperialismus abgelehnt und die Überzeugung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Unterwerfung unter die militärische Herrschaft der Franzosen und Belgier keine Erleichterung, sondern nur noch größere, dauernde Verdrückung und Belastung bringen würde. Die Entschließung verlangt von der Reichsregierung, daß sie keine Gelegenheiten vorübergehen lasse, um mit der Entente zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und die Beendigung der Ruhraktion zu kommen. Im Interesse der außenpolitischen Stellung und der Betätigung Deutschlands wird Deutschlands Eintritt in den Völkerbund für notwendig gehalten. Von der Reichsregierung werden dementsprechende Schritte verlangt. Die Resolution schließt: Gegenüber allen Vorkriegsbestrebungen im Rheinland bleibt die Sozialdemokratie in starrer Abwehr. Sie bekämpft den aus äußeren Elementen bestehenden Vorkriegsismus im Rheinland, der nur unter dem Schlag fremder Bajonette Bedeutung vortäuschen kann, ebenso entschieden wie jedes andere Attentat auf die deutsche Republik. Die Entschließung wurde gegen die Stimme des Abgeordneten Friede angenommen, der an der Weimarer Tagung teilgenommen hatte.

Neue rheinische Verrätergruppe.

Berlin, 6. Aug. Die Tagung der Sonderbündler in Koblenz hat nicht zu einer Einigung, sondern zur Zersplitterung im Zentralratstag geführt. Es hat sich vielmehr in Düsseldorf aus bisherigen Anhängern von Smets unter dem besonderen Protektorat der Franzosen die sogenannte rheinische Unabhängigkeitspartei gebildet, die mit einem Aufruf und einem Wochenblatt „Das freie Rheinland“ an die Öffentlichkeit tritt. Für das Wochenblatt ist eine Verlagsanstalt, die Rheinland-W.G., mit einem Kapital von 20 Millionen Mark gegründet worden. In dem Aufruf stellt die Parteileitung folgende Forderungen auf: 1. Gründung eines selbständigen unabhängigen Freistaates.

2. Völkerrechtliche Garantierung der Unabhängigkeit und Neutralität. 3. Sofortige Verhandlungen mit den Vorgesetzten Belgiens, Englands und Frankreichs. An der Spitze des Aufrufs stehen die Namen Rechtsanwalt Dr. Wolterhoff-Düsseldorf und Hauptmann a. D. von Regen. Leiter des neuen Wochenblattes ist der bekannte Spiegel-Matte, der frühere Besitzer der Frankfurter Wochenzeitung „Die Fackel“. Am Sonntag fand eine öffentliche Versammlung in der Koblenzer Lonhale statt, zu der sich viele Kleinbauern und Mittelständler eingefunden hatten und die ein klägliches Ende nahm. Die Versammlung wurde durch Kommunisten gesprengt und die Bemühungen des Verräters Mattes, die aufgeregten Massen im Saale zurückzuführen, waren vergebens.

Ein sozialdemokratischer Vorstoß gegen den Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 6. Aug. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich heute in einem längeren Leitartikel mit der unfähigen Reichsbankleitung. In diesem Artikel heißt es zum Schluß u. a.: Kollabare Zeit wird in den Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsbank nutzlos verstrichen. Das muß nun endlich anders werden! Wir haben gegenüber Herrn Davenheim nicht das Geringste einzuwenden, aber den Aufgaben, die die jetzige Lage erfordert, ist er in keiner Weise mehr gewachsen. Wir wissen, daß diese Überzeugung in den weitaus meisten Kreisen geteilt wird, daß das Urteil über die Unzulänglichkeit der Reichsbankleitung in den verschiedensten Kreisen der Wirtschaft, der Politik und der national-ökonomischen Wissenschaft das gleiche ist. Deshalb muß von der Regierung endlich verlangt werden, daß sie für die notwendige Aenderung sorgt und eine geeignete Persönlichkeit an die Spitze der Reichsbank zu bringen versteht, denn die Währungsfrage beruht nun endlich wirklich auf dem Boden der Dollar steigen, bis Davenheim fällt?

Ungewöhnliches Anwachsen der Inflation.

Der neue Sturz der Mark unmittelbar nach der Wiederfreigabe des Devisenverkehrs hat in Berliner politischen Kreisen lebhaft demunstriert. Die wirtschaftlichen Sachverständigen, die zwar mit einem Sinken der Mark als unmittelbare Folge der Aufhebung der Devisenverordnung, jedoch nicht in diesem Ausmaß, gerechnet haben, führen die erneute rapide Entwertung der Mark hauptsächlich darauf zurück, daß diejenigen Wirtschaftskreise, die bisher infolge der geringen Devisenzulassung nur sehr wenig ausländische Zahlungsmittel erhielten, sich nunmehr mit allen Mitteln in den Besitz ausländischer Devisen setzen wollen. Mit dem Emborschießen des Dollars auf zwei Millionen Mark Kurs ist der Beginn einer neuen Devisenwelle eingetreten, die die bisherige noch übersteigen wird. Im Laufe der nächsten Tage dürfte, wie man in Bankkreisen annimmt, die Papiergeldproduktion nicht weniger als acht Millionen täglich erreichen. Den 10-Millionenscheinen werden noch im Laufe dieser Woche 20- und 50-Millionenscheine folgen. Da man wegen des dringenden Bedarfs, an deren Herstellung außer der Reichsdruckerei noch 60 Privatdruckereien hieherhaft arbeiten, auf die Ausfuhr der Scheine keine große Sorgfalt verwenden kann, werden die Noten in Zukunft fast durchweg auf weißem Papier hergestellt werden.

Aus dem belgischen Grenzgebiet.

Paris, 6. Aug. Dem „Petit Parisien“ wird aus Brüssel berichtet, das Grenzgebiet, in dem die belgische Regierung die von ihren Sachverständigen ausgearbeiteten technischen Berichte über die Reparationsfrage veröffentlichte, werde drei Studien von 35 Seiten Umfang umfassen. Die erste Studie bezieht sich mit den deutschen Einnahmequellen, die zu Reparationszwecken in Anspruch genommen werden könnten, und werte die Frage auf, welches Entgelt man nach einer eventuellen Methode der Sanierung des deutschen Budgets und der Währung durch die deutschen Eisenbahnen, durch gewisse Monopole von Verbrauchsartikeln und durch Kohlenlieferungen erwarren könnte. Die belgischen Sachverständigen stellen fest, daß die Tarife der Eisenbahn niemals der Markentwertung gefolgt seien und daß die Ausgaben für den Betrieb unüberhältnismäßig hoch seien. Man müsse also eine Verordnung auf Grund der Kriegseinnahmen aufstellen. Diese ergebe, daß der deutschen Regierung keine ernstlichen Schwierigkeiten bereitet würden.

durch Ausbeutung der Eisenbahnen jährlich einen Betrag von einer Milliarde Goldmark zu erzielen. Die in Aussicht genommene Monopole könnten folgende Ergebnisse abwerfen: Zigaretten 450, Bier 200, Wein 50, Schaumwein 3, Alkohol 10, Zucker 130, Salz 70, Streichholz 20, im ganzen also 1 225 Millionen Goldmark. Der Mindestwert der Kohlenausfuhr wird auf 340 Millionen Goldmark geschätzt. Dierbach würde eine vorsichtige Schätzung, die einer Steigerung fähig sei, eine Zunahme von 2865 Millionen Goldmark jährlich erzielt. Das zweite Memorandum entwickelte den Gedanken zugunsten der Reparationskassette Beteiligungsscheine an deutschen Unternehmen zu schaffen, die ein Anrecht auf 25 Prozent vom ersten und die relative Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft als natürliche Folge der Regelung des Reparationsproblems im Falle einer Beteiligung an den Aktienemissionen. Die dritte Studie beschäftigte sich mit den Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Ergebnisse der Monate April bis Juni 1923 und kommt auf der Grundlage eines Ausfuhrüberschusses von 1000 Millionen Goldmark zu dem Schluß, daß gewisse Einnahmen ohne große Gelegenheiten für das deutsche Budget für die ins Auge gefassten Garantien der allgemeinen Budgetverwaltung entzogen werden könnten.

Hilfering über den passiven Widerstand.

Paris, 6. Aug. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilfering erklärte einem Vertreter der „Ere Nouvelle“, der sich dem Widerstand im Ruhrgebiet sei eine nationale Pflicht. Der Regierung, von dem ganzen Land, von den Parteien der linken Rechten bis zu den Kommunisten, von den übrig gebliebenen Resten der Militärpartei bis zu den Gewerkschaften — in letzteren geben einen starken Beweis dafür — wird niemand in dieser Frage nachgeben. Frankreich möge eine Lösung finden, die seinem Prestige und unierem Patriotismus Genüge tut. Hilfering fuhr fort, Deutschland habe einen Hunger nach Brot und Wiederaufbau. „Es kann und wird 20 Milliarden Goldmark bezahlen; allerdings ist das eine Hiffer, die nur in Schritten werden darf. Aber noch einmal: Frankreich muß die Erfüllung dieser Pflicht möglichst machen.“ Auf die Frage, ob die Katastrophe unmittelbar bevorstehe, antwortete Hilfering: „Glauben Sie nicht daran. Wir werden bis zum Ende kämpfen, viel länger, als man voraussetzt. Wenn die Regierung bis jetzt bei ihrem Widerstand verbleibt, an die Unabhängigkeit und Weiblich es hat mangeln lassen, so muß in darauf hinweisen, daß jetzt ein neuer Reorganisationsplan in Ausarbeitung begriffen ist.“

Englische Feststellung der Ungefährlichkeit des Ruhrereignisses.
London, 6. Aug. Das englische Regierungsblatt, der „Daily Telegraph“, stellt die Ungefährlichkeit des Ruhrereignisses dem Frankreich und Belgien ausdrücklich fest.

Die Trauerfeierlichkeiten für Präsident Harding.

New-York, 5. Aug. An allen Stationen, die der Transatlantische Dampfer, der die Leiche des Präsidenten Harding nach Washington zurückführt, bringen die Einwohner der Ortsteile Blumen und Kränze an den Zug. Die amerikanische Armee hat gestern vom Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in Washington zur Hälfte der Bevölkerung auf allen militärischen Posten von der Küste Kalifornien bis zum Panamakanal, selbst auf dem Meer und in den Wäldern, Trauerurlaub für den Präsidenten geschloffen. In den Kirchen aller Religionen wurden Gottesdienste abgehalten. Das staatliche Begräbnis wird in Washington an der Spitze der Leiche stattfinden. Die Leiche wird in Washington am 10. August in Washington von Präsident Coolidge und von Mitgliedern des Kabinetts, sowie des obersten Staatsgerichtshofes empfangen und nach dem Weißen Hause geleitet werden. Der Leiche des Präsidenten bis Mittwoch früh 10 Uhr können und abdann ins Kapitol überführt werden. Alle militärischen Washingtoner Stellen, sowie die Mitglieder des diplomatischen Korps werden der Trauerfeier im Kapitol beiwohnen, in dem die Leiche noch acht Stunden aufgebahrt bleiben wird.

Wert der Sachbezüge.

Die im Bezirksamtsblatt Nr. 154 (vom 5. 7. 23) veröffentlichte letzte Festsetzung des Werts der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 RVO. wird in Anbetracht des weiteren Fortschreitens der Teuerung mit Wirkung vom 30. Juli 1923 ab für den Oberamtsbezirk Neuenbürg durch folgende Neufestsetzung ersetzt:

a) In den Gemeinden Neuenbürg, Birkenfeld, Calmbach, Döbel, Herrenalb, Hßen, Schömberg, Wildbad (ohne Parzellen) gelten folgende Tagesbeträge:

	Tagesbeträge in M für:			
	Kopf:	Wohnung:	Heizung und Beleuchtung:	freie Station zusammen:
männliche Versicherte	32500	900	1600	35000
weibliche Versicherte	29000	900	1600	31500

b) In den übrigen Bezirksgemeinden gelten folgende Tagesbeträge:

männliche Versicherte	29200	800	1500	31500
weibliche Versicherte	26700	800	1500	29000

Bis 31. August gelten an Stelle der vorstehend für Heizung und Beleuchtung bestimmten Wertbeträge durchweg Tagesbeträge von je 160 Mark.

Abjah 2 und 3 der Festsetzung vom 7. April 1923 („Enzfelder“ Nr. 80) gilt weiterhin.

Neuenbürg, den 3. August 1923.

Bezirksversicherungsamt:
Reg.-Aff. Deckel, L.B.

Neuenbürg.

Gewandte

Bündelholzbinder

per sofort gesucht.

Eisenfurt-Sägewerk.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bei unserer Kasse kann ein junger Mann aus guter Familie, welcher möglichst Realschulbildung hat und über gute Schulzeugnisse verfügt, als

Lehrling

sobort eintreten.

Bewerbungen an
Verwalter Dobernet, Neuenbürg.

Bezirks-Obst- und Gartenbau-Berein Neuenbürg.
Der Obst- und Gemüseverwertungskurs findet vom 13. bis 16. August statt. Die Teilnehmerinnen wollen sich am Montag, 13. August, vorm. 9 Uhr, im Schulhaus-Gedgesehof einfinden; nachmittags Papier und Klebstift mitbringen. Kursgeld etwa 20000 M.
Vorstand: Knobel.

Conweiler.
Unserem kleinen Emil Schöndhaler zu seinem
21. Wiegenfeste
ein auf der Rotenbach anfangendes und auf dem Fußweg nach Conweiler rollendes und bei der Kirche verfallendes dreifaches
Lebe hoch!
Einige Altersgenossen.
Konto-Büchlein empfiehlt
G. Meich'sche Buchhandlung.

Verloren

ging auf dem Wege Ellenbogen-Gräfenhausen-Oberhausen eine schwarze Geldmappe mit größerem Inhalt. Der eheliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung in der Enzfelder-Geschäftsstelle abzugeben.

Zugelaufen

ist mir eine Forhändin. Abzuholen innerhalb acht Tage gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei
Jakob Münchinger, Waldrennack, Neuenbürg.

Mähmaschine

gebraucht, gut erhalten, zu kaufen gesucht von
W. Holz, Neubau Schmidt, Schwann.

Garbenbänder

hat abzugeben
Carl Sentner, Gärtner.

Neuenbürg.
Rabinett-Fräulein.
Jüngerer
Fräulein,
durchaus erfahren, möglichst aus der Alpenwarenbearbeitung, gesucht.
Scholl A.-G.

Bestellungen auf
Weizen
aus Bayern können von auswärtiger Kundschaft gemacht werden.
Sonnenmühle, Birkenfeld, Telefon Nr. 5.

Beteiligung!
Kaufmann sucht sich mit
300 Millionen
an nachweisbar gutem, rentabl. Unternehmen, evtl. auch Sanatorium, tätig zu beteiligen, am liebsten im inneren Schwarzwaldgebiet.
Angebote unter M. Z. 300 an die „Enzfelder“-Geschäftsstelle.

Visitenkarten
liefert rasch und billig
die C. Meich'sche Buchdruckerel.